



Klarheit und Mut zur Wahrheit

Programm zur Wahl des Parlaments

der EU vom 9. Juni 2024

1. Die Institutionen der EU und das Demokratiedefizit

a. Das EU-Parlament

Aktuell zählt das EU-Parlament 705 Abgeordnete aus 27 Mitgliedsstaaten. Gegründet wurde dieser Staatenbund 1952 mit der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf Initiative der europäischen Konzerne. Trotz der Stärkung des Parlaments, hat dieses immer noch nur eingeschränkte politische Befugnisse. Es kann nach wie vor keine Gesetze verabschieden (Initiativrecht), sondern lediglich die Ausarbeitung von Gesetzen bei der Kommission beantragen. Ein Großteil der Entscheidungshoheit liegt nach wie vor bei der Kommission. Im Kontrast dazu stehen die Kosten für das Parlament. So beliefen diese sich 2018 pro EU-Abgeordneten auf sage und schreibe rund 216.500,- Euro monatlich!

b. Die EU-Kommission

Die Mitglieder der Kommission werden von den Regierungen der Nationalstaaten vorgeschlagen und vom EU-Parlament und dem EU-Ministerrat bestätigt. Direkt gewählt werden sie nicht. Sie müssen, ähnlich wie Minister in Belgien, nicht einmal auf einer Liste für die Wahl



des EU-Parlaments kandidieren. Welche Macht die Kommissare innehaben, zeigt die Vorgehensweise der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beim Ankauf von COVID19-Impfstoffen. Ohne die Legitimation der Nationalstaaten handelte sie einen Vertrag über 1,8 Milliarden Impfdosen im Wert von 35 Milliarden € per SMS mit dem CEO von Pfizer aus. Es entsteht der Eindruck, dass sie zumindest auf Ebene der EU in einem rechtsfreien Raum agiert, da von Seiten der EU-Kontrollinstanzen bisher keine nennenswerten Reaktionen gegeben hat. Selbst die europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) verkündet öffentlich, dass man nach 18 Monaten Recherche keine Verdachtsmomente gefunden habe. Trotzdem weigert sich die EPPO, ihre Ermittlungen zu veröffentlichen. In Belgien hingegen ermittelt ein Untersuchungsrichter wegen Vorwürfen im Zusammenhang mit der Vernichtung von öffentlichen Dokumenten, Korruption und Einmischung in öffentliche Ämter. Dieser hat inzwischen eine Akte von über 1.000 Seiten zusammengetragen, wobei die Ermittlungen nun bis zum 6. Dezember weitergeführt werden. Aus der Akte geht eine andere Sichtweise auf die Handlungen der Kommissionspräsidentin hervor. Dass die EPPO auf Initiative der EU-Kommission gegründet wurde, wirft zumindest die Frage nach ihrer Unabhängigkeit auf. Vivant Ostbelgien positioniert sich klar gegen die Kandidatur von Ursula von der Leyen für eine zweite Amtszeit. Angesichts der Verdachtsmomente und den laufenden Ermittlungen verfügt sie nicht mehr über die nötigen Bedingungen, für ein solches Amt. Denn es ist offensichtlich, dass sie schon jetzt gegen den von der EU-Kommission in 2018 verabschiedeten Verhaltenskodex für die EU-Kommissare verstößt, insbesondere Artikel 2, Absatz 2., welcher die Ausübung des Mandats



u.a. in Unabhängigkeit und Ehrlichkeit verlangt.

c. Verwaltung & Bürokratie

Zur Institution "Europäische Union" gehört inzwischen ein sehr großer Verwaltungsapparat. So sind heute rund 60.000 Beamte bei der Europäischen Union im Dienst. Davon alleine rund 8.000 im Europäischen Parlament und rund 32.000 bei der Kommission. Die Gehälter und Pensionen, die EU-Beamten beziehen, sind übertrieben hoch. Daneben stellt sich die Frage, ob diese Fülle an Mitarbeitern wirklich nötig ist. Ein zuviel an Mitarbeiter ist womöglich ein Grund für die zunehmende Bürokratisierung und den Regulierungswahn der EU. Ein berühmtes Beispiele dafür sind die 52-seitige Schnullerketten-Verordnung, deren Ausarbeitung 2 Jahre in Anspruch nahm, oder die Verordnung über den Krümmungsgrad von Gurken. Ein anderes Beispiel sind die Auswüchse im Bereich der Statistiken, dem so genannten INTRASTAT-System, welches inzwischen zu einem zeitraubendem Verwaltungssystem geworden ist. Solche Verordnungen und Regelungen bedeuten einen hohen administrativen Aufwand für Verwaltung und Unternehmen, gefolgt von erheblichen Kosten und einen kaum bis gar nicht vorhandenen Nutzen für die Menschen in der EU.

Ein immer noch nicht behobener Missstand ist der „Wanderzirkus“ des EU-Parlaments. Die meisten Sitzungen finden in Brüssel statt. Ein- bis zweimal im Monat ist Sitzungswoche in Straßburg. Dann pendeln Abgeordnete, Mitarbeiter samt Arbeitsmaterial per Zug und LKW von Brüssel nach Straßbourg und zurück. Der wissenschaftliche Dienst des EU-Parlaments bezifferte in 2022 diese Kosten auf rund 63 Millionen €.



Aber auch hier zeigt sich die eingeschränkten Möglichkeiten des Europaparlaments, denn nur die EU-Mitgliedsstaaten könnten dies einstimmig ändern.

Bürokratieabbau und eine Verschlankung des Verwaltungsapparats sind längst überfällig.

d. Subsidiarität

Obwohl die EU sich das Prinzip der Subsidiarität, bei dem die Zuständigkeiten auf der untersten gliedstaatlichen Ebene angesiedelt, und von unten nach oben abgetreten werden, auf die Fahne schreibt, wendet sie dieses Prinzip kaum an. Ganz im Gegenteil: Inzwischen werden schätzungsweise 80% aller nationalen Gesetze von der EU, und damit von oben herab, vorgegeben oder beeinflusst.

Sicherlich könnten Bereiche wie Energie, Sicherheit und Verteidigung, Migration, sowie andere sinnvoll auf Ebene der EU verwaltet werden. Die EU nimmt jedoch immer mehr Einfluss in vielen anderen Bereichen, die aber besser in alleiniger Zuständigkeit der Nationalstaaten geregelt würden. Jüngstes Beispiel ist der Bereich Gesundheit. Obwohl die EU-Kommission laut den Verträgen der Europäischen Union keine Zuständigkeiten in diesem Bereich innehat, wurde sehr viel durch die Kommission und insbesondere die Kommissionspräsidentin, teilweise im Alleingang, geregelt.

^[1]_{SEP} Daneben erwähnen Kritiker immer wieder, dass die Europäische Union von manchem Regierungschef der Mitgliedsstaaten missbraucht wird, Gesetze, bei deren Verabschiedung auf nationaler Ebene mit starker Gegenwehr zu rechnen wäre, über die EU einzuführen. So



könne man bei Kritik erbost nach Brüssel zeigen.

e. Lobbyismus

Die Vorläufer der EU wurden auf Initiative europäischer Konzerne gegründet. Dies ist nicht verwerflich, denn eine europäische Zusammenarbeit ist sicherlich auch für Konzerne von Vorteil. Der Eindruck, dass die EU in erster Linie eine Interessenvertretung europäischer Konzerne ist, konnte die EU selbst jedoch bis heute nicht ausräumen. Die Einflussnahme von Interessengruppen und allen voran der Konzerne auf die politischen Entscheidungen zeigt die Anwesenheit von schätzungsweise 25.000 Lobbyisten in Brüssel, von denen in etwa zwei Drittel Unternehmensinteressen vertreten. Die Hauptaufgabe dieser inzwischen als Lobbyindustrie bezeichneten Akteure ist es, die EU-Politik in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Trotz der Verbesserung der Transparenz und einer gewissen Reglementierung in diesem Bereich, bleiben immer noch Fragen über den wahren Einfluss der Lobbyisten offen. Die Grenze zwischen Beratung durch Experten und der ungesunden Einflussnahme, um beispielsweise individuelle Unternehmensinteressen durchzusetzen, ist fließend. Die Tatsache, dass die Konzerne sich die Lobbyarbeit ca. 1,5 Milliarden € jährlich kosten lassen, deutet auf den Erfolg der Lobbyarbeit hin. Wo wertvolle Lobbyarbeit aufhört, und Korruption anfängt, ist oft nicht nachvollziehbar. Vivant Ostbelgien fordert noch mehr Transparenz und möchte dieses System auf den Prüfstand sehen.

f. Steuergeldverschwendung

Regelmäßig moniert der europäische Rechnungshof das Versickern



von Steuergeldern in fragwürdigen Kanälen. Im Jahre 2007 wurden laut seinem Bericht bis zu 8,9 Millionen € falsch ausgezahlt. Zum einen waren es beispielsweise griechische Bauern, die 5% mehr Olivenbäume angaben, als eigentlich vorhanden. Zum anderen unterstützte die EU in Rumänien die Haltung von Kühen, die es gar nicht gab. 2016 ermittelte der Rechnungshof, dass geschätzt 5,5 Milliarden € ohne Rechtsgrundlage, zum Beispiel wegen fehlender Ausschreibungen, ausgegeben wurden.

Eine Studie aus dem Jahr 2021, legte Betrug, Korruption und Missbrauch europäischer Agrarsubventionen in Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Rumänien und der Slowakei offen. Die Studie untersuchte systemische Schwächen der EU-Agrarfonds und zeigte auf, wie sich Geschäftsleute, und Politiker mit Betrug und Korruption an EU-Fonds bereichern.

Auch die EU-Abgeordneten stehen in der Kritik. Rund ein Viertel soll sich wohl schon einen Fehltritt erlaubt haben, was eine Analyse von Presseberichten ergab. Im Rahmen der Qatargate-Affäre wurde die Frage aufgeworfen, ob es sich hierbei um einen Einzelfall handelt. Die niederländische Rechercheplattform „Follow the Money“ (FTM) ist dem nachgegangen und hat zusammen mit Journalistinnen und Journalisten aus 22 EU-Staaten die Mitglieder des aktuellen EU-Parlaments für seinen Integritätsindex durchleuchtet. Das Ergebnis: Ein Viertel beziehungsweise 163 von insgesamt 705 Parlamentariern haben im Laufe ihrer Karriere, ob in Brüssel oder dem Heimatland, wegen Regelverstößen oder unangemessenen Verhaltens für Schlagzeilen gesorgt.

Dabei macht selbst die oberste Kommissarin, Kommissionspräsidentin



Ursula von der Leyen vor solchen Praktiken nicht halt. Wegen Verstößen beim Ankauf von Impfstoffen, ermittelt die belgische Justiz, siehe weiter oben.

2. Wirtschaft

a. Ausgewogenheit

Dass große Unternehmen und finanzstarke Interessenvertretungen über Lobbyisten Einfluss auf die politische Marschrichtung der Europäischen Union nehmen, ist bekannt. Umso mehr sollte sich die EU bemühen, die Interessen aller gesellschaftlichen Akteure ausgewogen zu berücksichtigen. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen, also des Mittelstands, gelegt werden. Denn aktuell erwirtschaftet er den Großteil der Steuern und ist das wirtschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft. Konzerne sollten aber ebenfalls Steuern zahlen und Schlupflöcher, welche ihnen ermöglichen, genau dies zu umgehen, geschlossen werden.

b. Technische Normen

Die EU kann bei der Vereinheitlichung technischer Normen sicherlich das Leben vieler Unternehmen, Dienste und Bürger vereinfachen. Doch genau hier hinkt die EU ihren Möglichkeiten hinterher. Während auf der einen Seite die EU immer mehr Einfluss auf Zuständigkeiten der Nationalstaaten nimmt, schreitet sie bei der Vereinheitlichung von technischen Standards nur mühsam voran. Gerade im Grenzgebiet erleben Dienste, wie beispielsweise die Feuerwehr, dass die



Schlauchanschlüsse an Hydranten in Nachbarländern unterschiedlich sind. Bei grenzüberschreitenden Einsätzen kann dies zu großen Problemen führen. Hier könnte die EU mehr erreichen.

c. Freihandel

Freihandelsabkommen haben oft nur sehr wenig mit freiem Handel zu tun. Die Verhandlungen rund um TTIP und CETA vor etlichen Jahren haben der breiten Öffentlichkeit gezeigt, dass hier nicht ihre, sondern vor allem die Interessen der Konzerne Berücksichtigung finden. Die Einführung von privaten Schiedsgerichten, vor welchen Unternehmen Schadensersatz wegen möglicher Verdienstauffälle einklagen können, wenn ein Staat seine Gesetzgebung zum Wohle der eigenen Bevölkerung ändert, hatten damals den Unmut in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung geweckt. Das die EU solche Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit einer Vielzahl so genannter Drittweltländer aushandelt, ist viel weniger bekannt. Aufgrund der wirtschaftlichen Größe ist die EU meist der dominierende Partner. So genannte Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungsländern zerstören oftmals die Lebensgrundlage vieler Menschen in den Partnerstaaten. So werden überschüssige europäische Nahrungsmittel (z.B. Geflügelfleisch) mittels hoher EU-Subventionen dort günstiger angeboten, als sie vor Ort von den einheimischen Bauern produziert werden können. Dies führt oftmals zur Zerstörung ganzer Sektoren. Viele Bauern und Unternehmer sowie deren Beschäftigte verlieren so ihre Existenzgrundlage. Vielen sehen keine andere Möglichkeit, als ihr Glück in Europa zu suchen. Sie dann hier vor Ort damit zu brüsten, Flüchtlinge aufzunehmen, und zu verschweigen, dass man sie erst



durch die eigenen ausbeuterischen Verträge in die Flucht getrieben hat, ist heuchlerisch. Vivant Ostbelgien setzt sich dafür ein, diese Freihandelsabkommen zu korrigieren, durch grundlegend neue, wirklich faire Abkommen zu ersetzen, um so dieser Ausbeutung und dem Zerstören der Lebensgrundlage der Menschen in den Partnerstaaten ein Ende zu setzen. Vivant Ostbelgien fordert alle Menschen und insbesondere alle Politiker auf, die nicht nur von den europäischen Werten zu reden, sondern nach ihnen zu leben und den Menschen in anderen Ländern mit Achtung und Menschlichkeit zu begegnen. Wenn etwas die Menschen dieser Erde vereint, dann vielleicht der innige Wunsch, in seiner Heimat in Frieden und Wohlstand leben zu können. Dies sollte unser Ansporn sein.

3. Migration

Seit 2015 reißt der Strom der Migranten Richtung Europa nicht ab und die EU-Mitgliedsstaaten haben bis dato noch keine Lösung für dieses Phänomen, welches international als Flüchtlingskrise bezeichnet wird, gefunden.

Vivant Ostbelgien vertritt die Ansicht, dass grundsätzlich jeder Mensch in Europa herzlich willkommen ist, wenn er die Möglichkeit und den Willen hat, sich zu integrieren. Unser Motto lautet: „Wenn Du in Rom bist, benimm dich wie die Römer“. Wer in ein fremdes Land zieht, hat sich den dortigen Sitten und Gebräuchen anzupassen.

Vivant Ostbelgien steht für faire Einwanderungsregeln. Fair bedeutet für uns in diesem Zusammenhang, dass diese Regeln nicht dazu



führen, dass die aufnehmende Bevölkerung durch diese benachteiligt wird.

Nichtsdestotrotz muss man langfristig dafür Sorge tragen, dass alle Menschen in ihrer Heimat würdige und nachhaltige Lebensbedingungen vorfinden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es mehr als bloße Symptombekämpfung. Eine konsequente Ursachenforschung und die langfristige Verbesserung der Lebensumstände in den Herkunftsländern sind der Schlüssel zu einer gelungenen Migrationspolitik. Darüber hinaus können wir in Europa nur eine begrenzte Anzahl von Einwandern aufnehmen. Allein schon rein volkswirtschaftlich betrachtet kann das zu Problemen führen. Eine Integration ist oft auch aufgrund großer kultureller Differenzen nicht möglich.

Eine der Hauptursachen der zunehmenden Flüchtlingswelle ist, neben den Kriegen, die Ausbeutung der Menschen in den Entwicklungsländern durch die Wirtschafts- und Finanzkonzerne der Industrieländer. Hier verweisen wir auf das Kapitel „Freihandel“, Punkt 2. c).

4. Gesundheit

a. Prävention

Die EU arbeitet auch an der Förderung des Gesundheitswesens in Europa. Die Prävention und Bekämpfung von Krankheiten ist dabei ein zentrales Anliegen der EU, wobei u.a. folgende Bereiche abgedeckt werden:



- Impfungen
- Bekämpfung der Antibiotikaresistenz
- Kampagnen gegen Krebs
- Verantwortungsvolle Kennzeichnung von Lebensmitteln

b. Europäische Arzneimittel Agentur – EMA

Zur Vorsorge gehört auch die Europäische Arzneimittel Agentur – EMA. Der EMA wird gestattet, Engpässe bei Arzneimitteln zu überwachen und die schnelle Zulassung von Arzneimitteln zu erleichtern, die eine Krankheit behandeln oder verhüten kann und sie soll Engpässe bei kritischen Medizinprodukten im Falle einer Krise koordinieren. Doch auch hier muss die Frage erlaubt sein, ob die EMA tatsächlich unabhängig ist, wie immer betont wird, oder ob Interessengruppen einen ungesunden Einfluss nehmen. Seit November 2020 ist die irische Pharmazeutin Emer Cooke die Direktorin der EMA. Kurz nach ihrem Amtsantritt wurden die ersten Notfallzulassungen der Covid-Impfstoffe erteilt – hergestellt von Pharmafirmen, für die Cooke jahrelang gearbeitet hat.

Aus geleakten E-Mails ging hervor, dass die EU-Kommission Druck auf die EMA ausübte, um eine schnelle Impfstoff-Zulassung zu erhalten und die EMA den Impfstoffen eine bedingte Zulassung nur aufgrund des massiven Drucks durch die EU-Kommission erteilte.

Die Europäische Arzneimittel Agentur wird zu 86 % aus Gebühren der Pharmaindustrie und zu 14 % aus EU Geldern finanziert. Wie unabhängig kann eine solche Einrichtung unter diesen Voraussetzungen sein? Die Geheimhaltung der Verträge zum Ankauf von Impfstoffen mit den Herstellern haben das Vertrauen in die EU-



Institutionen nicht gerade verbessert, ganz im Gegenteil. Ein weiterer Grund, warum Vivant Ostbelgien mehr Transparenz bei allen Entscheidungen auf EU-Ebene fordert.

c. Produktzulassungen und -bewertungen

Die EU-Kommission verlängert die Genehmigung von Glyphosat um zehn Jahre bis 2033, obwohl die Agentur für Krebsforschung der WHO den Stoff als „wahrscheinlich krebserregend“ einstuft.

Mittlerweile gibt es Beschränkungen und neue EU-Regelungen für die Chemikalie PFAS, ein Stoff der ebenfalls als krebserregend eingestuft wird. Seit den 60er Jahren ist bekannt, dass bestimmte PFAS-Sorten krebserregend sind, wenn sie in den menschlichen Körper gelangen. Inzwischen schreiben wir das Jahr 2024.

Ein weiteres Beispiel ist der Süßstoff Aspartam, der ebenfalls von der WHO als „möglicherweise krebserregend“ eingestuft wird. Auch dies ist seit Jahren bekannt, aber eine Sensibilisierung dazu findet so gut wie nicht statt. Dies gilt in ähnlicher Weise für Wasser aus Plastikflaschen. Neue Studien zeigen, dass es den Hormonhaushalt stören kann.

Warum sensibilisiert die EU nicht in diesem Bereich? Könnte dies dem Einfluss unterschiedlicher Interessengruppen auf die politischen Entscheidungen der EU zurückzuführen sein? All dies muss auf den Prüfstand!

5. Energie



a. Stromnetz

In diesem Bereich könnte die Europäischen Union ein Mehrwert sein. Der Ausbau des Stromnetzes in Europa könnte die Versorgungseinheit der Mitgliedsstaaten verbessern, was angesichts der Umstrukturierung bei der Stromproduktion dringend nötig ist.

b. Merit-Order-System

Der Ukraine-Krieg und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland haben gezeigt, wie schnell ein etabliertes System an seine Grenzen stößt. Das Merit-Order-System, welches in normalen Zeiten gute Dienste leistet, wurde in der Krise vom Markt sehr schnell missbraucht, um horrenden Profite einzufahren. Das Merit-Order-System besagt zusammengefasst, dass am Markt immer der Strompreis angewandt wird, welcher durch das teuerste Produktionsverfahren bestimmt wird. Strom aus Braunkohle, Atomenergie, Gas, Wind- und Wasserkraft usw., haben unterschiedliche Produktionskosten. Um den Handel zu vereinfachen, wurde jede kWh am gleichen Preis gehandelt. Da die Unterschiede nicht sehr groß waren, konnte jeder gut damit leben. Durch den extremen Anstieg der Gaspreise, wurde Strom aus Gas extrem teuer. Um nun von diesen hohen Strompreisen möglichst lange profitieren zu können, wurden in vielen Ländern zum Beispiel Windkraftanlagen abgeschaltet, damit es zu einem leichten Mangel an Strom kam, der dann durch flexibel zuschaltbare Gaskraftwerke erzeugt wurde. Dadurch wurde der Strompreis künstlich hochgehalten. Leidtragende waren Bürger und Unternehmer. Ein solcher Missbrauch muss von der EU schnell Einhalt geboten werden.

6. Sicherheit & Verteidigung



a. Verteidigung

Sicherlich macht eine Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten im Bereich der Verteidigung Sinn. Die eigenen Verteidigungskapazitäten gemeinsam auszubauen ebenfalls. Klar muss aber auch sein, dass es nur um die Verteidigung gehen sollte.

Ob das Übertragen von Zuständigkeiten von den Mitgliedsstaaten an die EU im Bereich der Verteidigung der richtige Schritt ist, kann vor dem aktuellen Hintergrund der ungesunden Einflussnahme nicht eindeutig bejaht werden. Wenn, dann müssten die Befugnisse einer solch übergeordneten Behörde klar definiert und eingegrenzt werden.

Es zeigt sich heute schon deutlich, dass unterschiedliche Interessengruppen immer wieder Einfluss auf Entscheidungen der EU nehmen und die Politiker und Funktionäre innerhalb der EU sich nicht immer an ihre eigenen Regeln halten.

Da die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments oder anderer Einrichtungen gegenüber der EU-Kommission stark begrenzt sind, birgt eine solche Machtübertragung auch große Risiken. Ähnlich verhält es sich auch mit der inneren Sicherheit. Eine Zusammenarbeit der Nationalstaaten kann auch ohne übergeordnete Behörde, deren demokratische Legitimation zudem fragwürdig ist, gelingen.

b. Ukraine

Die EU wurde lange als Friedensprojekt bezeichnet und ihre Existenz damit gerechtfertigt, dass sie ein Garant für Friede und Wohlstand in Europa sei. Leider können wir dies heute nicht mehr sagen, denn zurzeit findet ein Krieg auf europäischen Boden, wenn auch außerhalb



der EU, statt.

In einem Krieg gibt es keine Gewinner, sondern nur Verlierer. Einige Wenige schlagen möglicherweise Profite aus solchen Konflikten. Krieg bedeutet aber immer auch Elend und Leid für die betroffene Bevölkerung. Die politisch Verantwortlichen sollten dafür Sorge tragen, dass die EU ihre so viel gepriesene Rolle als Friedensstifter wieder einnimmt. Deshalb fordert Vivant einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an die Ukraine und das Verstärken der diplomatischen Bemühungen, um zu einem Waffenstillstand und einem Friedensvertrag zu kommen. In unseren Augen kann eine solcher Schritt nur gelingen, wenn die Ukraine sich als neutralen Staat deklariert, weder in die EU noch in die NATO eintritt und sich ebenfalls keinem russischen Bündnis anschließt. Die Ukraine sollte als neutraler Staat eine Brückenfunktion zwischen Ost und West einnehmen.

7. Landwirtschaft

Die Agrarpolitik der EU steht nicht erst seit den Bauernprotesten dieses Jahres in der Kritik. Auch hier wird immer wieder die Bevorteilung der Agrarindustrie moniert. Und auch hier gibt es Verbände, die in Brüssel sehr präsent sind.

Ein nicht unwesentlicher Faktor ist hier die Handelspolitik der EU. Auf der einen Seite möchte beispielsweise der deutsche Maschinenbau seine Waren weltweit exportieren. Die Abnehmerländer wollen im Gegenzug ihre Erzeugnisse auf dem deutschen bzw. europäischen Markt anbieten können. Solche Vereinbarungen werden oft mittels



Handelsabkommen getroffen. Das führt z. Bsp. dazu, dass Rindfleisch aus unserer Region mit Rindfleisch aus Argentinien, welches unter ganz anderen Rahmenbedingungen (bessere klimatische Bedingungen, weniger Regulierungen und Vorschriften, usw.) gezüchtet wird, konkurrieren muss. Da dies nicht funktionieren kann, wird die Landwirtschaft in der EU stark subventioniert. Dieses Beispiel zeigt, wie komplex Handelspolitik sein kann und dass das Bedienen von bestimmten Interessen zu anderen Problemen führen kann. Auch hier fordert Vivant Ostbelgien, dass die Handelspolitik der EU das Ganze in den Blick nimmt und ausgewogene Entscheidungen trifft.

8. Zukunft der EU

Das die EU dringend reformiert werden sollte, ist inzwischen ein weit verbreiteter Konsens. Wie die EU mit ihren tief verwurzelten und verkrusteten Strukturen reformiert werden kann, muss offen diskutiert werden. Insbesondere zahlreiche Akteure der Zivilgesellschaft mahnen die Intransparenz und den Lobbyismus auf EU-Ebene an. Und auch mit diesen Akteuren sollte unvoreingenommen eine Reformierung der Strukturen und des erheblichen Kostenaufwands angegangen werden. Ein positives Beispiel, wie Regionen, Gliedstaaten zusammenarbeiten können, grenzüberschreitend oder im eigenem Land, ist die Gründung von problemorientierten Körperschaften. Dies könnte weiter ausgebaut werden, denn nach wie vor gibt es viele Probleme, die nicht alle Mitgliedsstaaten betreffen, wie z. Bsp. die weiter oben erwähnten technischen Unterschiede bei den Feuerwehrschräuchen, für die man



auf Ebene der EU keine Regelung findet. Hier könnten problemorientierte Körperschaften einfach Abhilfe schaffen. Sogar die Beteiligung von Ländern, die Nichtmitglied in der EU sind, ist denkbar. Problemorientierte Körperschaften arbeiten nicht ideologisch. Sie setzen sich auf lokaler, regionaler und selbst nationaler Ebene zusammen, um vor Ort ein Problem zu lösen. Ob es jetzt um Abwasserklärung, die Trinkwasserversorgung oder um andere Bereiche geht. Sie setzen sich z. Bsp. auf Gemeindeebene, auf Ebene der Gliedstaaten oder auch auf Ebene einzelner Nationalstaaten zusammen. Dieses Konzept sollte weiter ausgebaut werden. Leider steht die Vorgehensweise der EU dem Konzept der problemorientierten Körperschaften oftmals im Wege. Dabei bieten sie die Möglichkeit, daß die EU von unten heraus zusammenwachsen kann. Zur Zukunft der EU gehört auch die Frage nach ihrer Erweiterung. Eine Erweiterung der EU in der jetzigen Form und unter den jetzigen Umständen ist nicht vertretbar. Die Osterweiterung hat für zahlreiche neue Probleme gesorgt. So, wie Einige es jetzt tun, von der Notwendigkeit einer Erweiterung zu sprechen, ist eine rein politische Idee und wird nicht von den Bürgern begrüßt.

9. Zusammenfassung

Wir schließen uns der Position des Europäischen Rechnungshofs an, dass der gesamte EU-Apparat zu teuer und zu ineffizient ist. Eine



demokratische Kontrolle auf EU-Ebene ist kaum gegeben, obwohl das Parlament Unsummen verschlingt.

Darüber hinaus nehmen verschiedene Lobbyisten (insbesondere der Industrie, aber nicht nur) einen ungesunden Einfluss auf die EU-Politik. Skandale wie die „Pfizer-Gate“-Affäre sind nur die Spitze des Eisbergs. Die enorme Bürokratie ist ein weiteres zentrales Problem: Auf der einen Seite gibt es eine Überregulierung, unter der vor allem der Mittelstand leidet. Auf der anderen Seite werden einfache technische Anpassungen, wie die Norm der Feuerwehrschräuche, nicht angegangen. Hier fehlt der gesunde Menschenverstand und überwiegt das Bedienen von Einzelinteressen.

Wir stellen des Weiteren fest: Das die EU als Friedensprojekt nicht mehr das oberste Gebot zu sein scheint, was unbedingt rückgängig gemacht werden muss.

Die vielen Freihandelsabkommen, vor allem mit so genannten Drittweltländern, mehren den Hunger in der Welt, anstatt zu helfen, ihn zu beheben und bereiten somit damit die Grundlage für Flüchtlingsströme.

Die gesamte EU-Institution gehört auf den Prüfstand. Dazu bedarf es vor allem der Transparenz auf allen Ebenen. Bürger müssen Einsicht in alle Dokumente erhalten. Anstatt einzelne Interessen zu vertreten, muss die EU wieder das Ganze in den Blick nehmen. Mit Vernunft und gesundem Menschenverstand haben die EU-Institutionen den Menschen zu dienen, nicht umgekehrt. Dabei ist die EU als Institution nicht alternativlos. Eine offene Diskussion über die aktuellen Misstände tut Not. Dabei gilt es auszuloten, welches die Ursachen dieser



Entwicklung sind und wie am besten gegengesteuert werden kann. Ob durch eine grundlegende Reform oder dem Umstieg auf andere Formen, wie beispielsweise einem Völkerbund, sind zweitrangig. Entscheidend ist, dass die Europäische Union dem Bürger einen Mehrwert bietet. Nur so kann das in breiten Teilen der Bevölkerung der EU verlorengegangene Vertrauen wiederhergestellt werden.